



Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER WOCHENRÜCKBLICK

(KW25/22)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 25 im Juni 2022 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

KOMMENTAR: POLITIK UND TAGESGESCHEHEN



23. Juni 22

Zeitgeist-Vergehen: Bahn wird wegen „missgendern“ verurteilt!

Man kann bei der Bahn wahrlich mehr als genug kritisieren: Alleine von (eher nicht vorhandener) Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit kann ich ein Lied singen.

Doch nun wurde gestern endlich das dringendste Problem der Bahn per Gerichtsurteil gelöst:

Da sich René_Rain Hornstein bei der Buchung eines Tickets diskriminiert fühlte, wurde die Deutsche Bahn von Hornstein verklagt. Grund war die ungeheuerliche Zumutung seitens der Bahn, bei der Registrierung als Auswahlmöglichkeit der Geschlechtszugehörigkeit nur „männlich“ oder „weiblich“ anzubieten.

Da das Gericht befand, dass diese eingeschränkte Auswahlmöglichkeit nun einmal jeden diskriminiert, der sich keinem der beiden Geschlechter zugehörig fühlt, muss die Bahn fortan diese Art der Diskriminierung unterlassen. Nicht nur bei der klagenden Person Hornstein, sondern darüber hinaus ab Beginn nächsten Jahres in ihrem Kundengeschäft überhaupt.

Bei Zuwiderhandlung müsse die Bahn ein Ordnungsgeld von 250.000 Euro zahlen oder alternativ eine Haftstrafe in Kauf nehmen.¹

Die Beschäftigung der Gerichte mit solchen Befindlichkeiten angesichts der wirklich dringend zu lösenden Probleme unserer Zeit sind nur noch als dekadent zu bezeichnen.

Zur Einordnung: Laut Bundesinnenministerium ließen sich bis zur letzten Erhebung der Zahlen (September ´20) in Deutschland 394 Personen im Personalausweis als „divers“ eintragen.²

Wir dürfen gespannt sein, wie wir als Fahrgäste künftig angesprochen werden - ich tippe auf eine der üblichen „Sprachvergewaltigungen“, derer sich viele anboten:

Sehr verehrte Zugfahrende? Oder darf es Fahrgäst_Innen sein? Besser ZugfahrerX? Oder wendet man sich schlicht an die Bahnkundschaft?

¹ WELT online vom 21.06.22 „Deutsche Bahn muss geschlechtsneutrale Anrede anbieten“

² Website des Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 1. Februar 2021, abgerufen am 23.06.2022: Rundschreiben: Neue Eintragungsmöglichkeit bei der Geschlechtsangabe bei Personen mit Varianten der Geschlechtsentwicklung - Fallzahlen.





24. Juni 22

Ford-Werke Saarlouis: Erstes Opfer des EU-Verbots für Verbrennungsmotoren!

Deutschlands Deindustrialisierung schreitet voran.

Nun gibt es wohl das erste Opfer des von der EU beschlossenen Aus für Verbrennungsmotoren zu beklagen:

Wenn 2025 die Produktion des Ford Focus in Saarlouis ausläuft, wird der US Konzern das Werk im Saarland schließen - der Zuschlag für den Bau eines E-Autos ging nach Valencia, da sich dort „aus finanzieller Sicht die besseren Zukunftsperspektiven ergeben“.

Die Begründung für die Produktionsverlagerung nach Spanien macht deutlich:

In Deutschland wird von der Regierung offensichtlich alles dafür getan, Unternehmen zu vergraulen und damit tausende Arbeitsplätze zu vernichten.

Anders ist die wirtschafts- und technologiefeindliche Politik unter dem Deckmantel der „Klima-Rettung“ nicht zu erklären.

Der Oberbürgermeister von Saarlouis spricht von einer Katastrophe für die ganze Region.

Dieses Beispiel zeigt, dass unzählige Arbeitsplätze in der Branche mit einem Schlag unwiederbringlich verlorengehen können.

Eine große Gefahr auch für Thüringen:

Hier ist die Automobilindustrie der wichtigste Zweig der Industrieproduktion. Viele Arbeitsplätze sind direkt mit dem Verbrennungsmotor verbunden, nicht zuletzt im größten Dieselmotorenwerk der Mercedes Benz Group, dem Werk der MDC Power in Kölleda.

Die AfD setzt sich für eine technologieoffene Wirtschaftspolitik ein und lehnt einseitige Verbote bestimmter Technologien ab!

Durch die Entwicklung synthetischer Kraftstoffe haben Verbrennungsmotoren zudem eine große Zukunft - auch unabhängig von fossilen Brennstoffen. Die Forschung in diesem Bereich muss daher gefördert werden, anstatt weiter dafür zu sorgen, dass Facharbeiter auf der Straße landen und im Industriestandort Deutschland endgültig die Lichter ausgehen.

23. Juni 22

Regierungsbefragung im Bundestag am 22.06.22:



Verteidigungsminister Christine Lambrecht übte sich im Handwerk der Haarspalterei. Der Bundesregierung fällt es sichtlich schwer, die deutschen Waffenexporte in die Ukraine zu begründen. Der Flugabwehrkanonenpanzer Gepard wird geliefert, der deutlich leichtere und schwächer bewaffnete Schützenpanzer Marder jedoch nicht. Da wird der Gepard schnell neu definiert: Das ist gar kein Panzer! Der schießt nämlich in die Luft! Ach so?

Es handelt sich auch nicht um Waffenexporte - sondern um Übergeben an die Ukraine. So erklärt Lambrecht, wieso die Bundesregierung sich nicht an Exportbestimmungen hält.

Es wird immer absurder. Ich bin gespannt, ob wir irgendwann den Grund für das Panzerversteckspiel erfahren.

Als gelernter Jurist kennt sich Lambrecht offenbar mit Haarspaltereien aus, mit Waffen hat sie es weniger.



PRESSEMITTEILUNGEN



23. Juni 22

Pressemitteilung: Gesundheitssystem muss krisenfest werden

Aus Anlass eines am 22. Juni im Deutschen Bundestag geführten Fachgesprächs mit dem Büro für Technikfolgenabschätzung (TAB) zum Thema „»Krisenradar - Resilienz von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft durch Krisenvorhersage stärken« erklärt der forschungspolitische Sprecher

der AfD-Fraktion Michael Kaufmann:

„Eine der zentralen Anregungen der Kollegen vom Büro für Technikfolgenabschätzung lautete, ‚die Lehren aus der Coronakrise zu

nutzen, um für zukünftige Krisen besser vorbereitet zu sein!‘. Denn was nützt die beste Früherkennung ohne Krisenvorsorge? Doch die Bundesregierung hat auch fast zweieinhalb Jahre nach Beginn der Coronakrise noch immer nichts dafür getan, unser Gesundheitssystem personell und materiell krisenfest zu machen. Die Alternative für Deutschland fordert die Bundesregierung daher auf, hier endlich tätig zu werden, um zu verhindern, dass Deutschland noch einmal durch eine ansonsten beherrschbare Gesundheitsgefahr so massiv geschädigt wird.“

BUNDESPRESSEFAHRT IM SEPTEMBER



23. Juni 22

Besuchen Sie mich in Berlin!

Liebe Parteifreunde,

sehr geehrte Damen und Herren,

Unsere zweite Fahrt im Jahr 2022 findet vom 12. bis 14. September statt.

Kosten für Unterkunft, Verpflegung sowie die Fahrt mit dem Reisebus werden vom Bundespresseamt übernommen.

Der Bus fährt über Pößneck, Saalfeld, Rudolstadt, Kahla und Eisenberg. Es erwartet Sie ein spannendes Programm.

Bitte melden sie sich bei Interesse an einer Teilnahme unter:

michael.kaufmann.wk@bundestag.de

unter Angabe Ihres Namens, Ihrer Adresse und Ihres Geburtsda-

tums. Wir werden Sie anschließend benachrichtigen.

Ihr Abgeordneter im Wahlkreis 195

Prof. Dr. Michael Kaufmann

WAHLKREIS-NACHRICHTEN IN DIESER WOCHE

KW 25 im Juni 22

- 25 Millionen kostete der Umbau des Marktkaufes, der nun „Saalemarkt“ genannt wird
- 31-jähriger aus Uhlstädt möchte eine Schule für berittenes Bogenschießen gründen
- Mehrere Festnahmen bei Razzien in Thüringen im rechten Milieu
- Flächenbrand im Pößnecker Stadtwald
- Der Bau von Solaranlage in Goßwitz/Unterwellenborn bleibt umstritten
- US-Konzern schließt Pößnecker Werk, über 100 Menschen arbeitslos (FSSB „Chirurgische Nadeln GmbH)
- König-Preuss kritisiert Thüringens Abschiebe-Praxis im Fall einer elfköpfigen Familie in der Nacht
- Erster Fall von Affenpocken in Thüringen bekannt
- Stadtrat für Sanierung des KITAs Dittrichshütte
- Unterwellenborn saniert Straßen auch ohne Fördermittel
- 130 Jahre Bürgerliches Brauhaus Saalfeld
- Schwarza feiert 2024 die 950-Jahrfeier
- Holz wird Thema beim Königsee-Netzwerk (Digitalisierung)
- Ausgeschöpfte Kapazitäten bei der Flüchtlingsunterbringung im LK
- An der Linkenmühle fehlen freiwillige Rettungsschwimmer, da es keinen Nachwuchs gibt
- Größere Störung bei Stromversorgung in Saalfeld (Blackout)
- LK SLF/RU-SHK und SOK wollen bei einem Regionalwirtschaftlichen Entwicklungskonzept (RWEK Südostthüringen) zusammenarbeiten. LEG ist damit beauftragt.
- Erste Flüchtlinge in Unterwellenborner Fachhochschule untergebracht
- Neuverlegung der Ferngasleitung EGL steht im LK vor dem Abschluss
- Die Stiftung Naturschutz Thüringen plant 3 Zeltflächen in Probstzella, Jäger legten ihr Veto ein



Mittwoch

Befragung der Bundesregierung. Ein paar Beispiele von Verteidigungsministerin Lambrechts Erklärungen:

- Ein Gepard „mit einem großen schweren Rohr, das in die Höhe gerichtet ist“, werde zwar zum Schutz der kritischen Infrastruktur eingesetzt, sei jedoch kein Panzer.
- Sie habe zwischenzeitlich das Projekt ihrer Vorgängerin gestoppt, in deren Amtszeit ein Sturmruksack über 7 Jahre hinweg entwickelt wurde.
- Sie begründet, warum der Bundessicherheitsrat aktuell nicht, wie sonst üblich, über schwere Waffenexporte berät und diese genehmigt, folgendermaßen: Der Export der Panzer-Haubitzen sei kein Waffenexport aus der Industrie, der genehmigt werden müsse, sondern eine sogenannte Länderabgabe (also aus Beständen). Daher sei dies kein Rüstungsexport, und die Genehmigung nicht nötig.

Aus der Regierungserklärung von Kanzler Scholz vor dem G7-Gipfel in Elmau :

- Er begrüßte den geplanten Beitritt von Finnland und Schweden zur NATO
- Er verwies auf Ringtausch von Waffen über die tschech. Republik, Ausbildung von ukrainischen Soldaten an Panzerhaubitzen und Gepard, sprach über den Luftabwehrsystem IRIS-T - Vertrag, und von einem Marshallplan für den Wiederaufbau der Ukraine.
- Er setzt sich vehement für die Aufnahme der Ukraine in die EU ein, wie z.B. auch für Georgien und Moldau.
- Tino Chrupalla (AfD) kritisiert: Die Regierung setzt Wohlstand und Frieden in Deutschland durch ihre verblendeten Ideologien aufs Spiel. Warum wird nicht NordStream 2 für den Import von Wasserstoff eingesetzt, da diese auch hierfür einsetzbar ist, anstatt diesen aus Afrika zu importieren, oder Gas aus dem menschenrechtsverletzenden Regime von Katar einzukaufen?

Antrag der AfD „Keine deutsche Zustimmung für ein europaweites Zulassungsverbot für Pkw und Nutzfahrzeuge mit Benzin- und Dieselmotoren“ (Dr. 20/2350)

- Die AfD-Fraktion fordert die Bundesregierung auf, dem Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verschärfung der CO₂-Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge im EU-Ministerrat abzulehnen. Was wäre die Folge: Abwanderung der dt. Industrie ins Ausland, wo Verbrenner weiter gefahren werden, Konkurrenz in China wie Geely werden gestärkt. Die E-Mobilität ist teuer/Schaffung der Ladeinfrastruktur verschlingt Milliarden und ist nicht CO₂-neutral, gerade wenn der Strom nicht grün ist. Die Lösung sind synthetische Kraftstoffe, deren Produktion auf Basis von Wasser, CO₂ aus der Atmosphäre, sowie Zufuhr von (grüner) Energie gewonnen wird – das wäre CO₂-neutral. Der Antrag wurde in den Umweltausschuss überwiesen.

Donnerstag

Verabschiedung der 27. BAföG-Novelle

- Ab Wintersemester 22/23 werden die Freibeträge auf das Elterneinkommen um 20,75% steigen, die Bedarfssätze leider nur um 5,75% (Mietzuschlag >10%).
- Erhöhung der Altersgrenze auf 45 und des Vermögensfreibetrags auf 15.000 € (für alle unter 30) bzw. 45.000 € ab 30 Jahre.
- Während also die Bedarfssätze nur spärlich angehoben wurden (die AfD forderte 17%) wird anstelle dessen der Empfängerkreis ausgeweitet. Das läuft quasi auf BaföG für alle hinaus

Antrag der Linken: Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel aussetzen -> dies forderte die AfD bereits im März!

- Unser Antrag 20/1034 enthielt folgende Forderungen: Vorübergehende Aussetzung der Mehrwertsteuer für Otto-, Diesel- und Heizkraftstoffe; (b) das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) außer Kraft zu setzen und somit die CO₂-Abgabe abzuschaffen, um eine zusätzliche Reduzierung der Kraftstoffpreise herbeizuführen; (c) Grundnahrungsmittel (insbesondere Brot, verarbeitetes Fleisch und Milchprodukte) vorübergehend von der Mehrwertsteuer zu befreien; 2. die EU-Kommission dazu aufzufordern, den Mineraldüngemittelkauf von den GMO-Maßnahmen zu finanzieren und die Landwirte damit zu unterstützen. Der AfD-Antrag wurde in dieser Sitzung nach Beratung in verschiedenen Ausschüssen endgültig abgelehnt.
- Der Antrag der Linken wurde nunmehr in den Finanzausschuss überwiesen.

AFD-Kandidat für das Parlamentarische Kontrollgremium fällt erneut durch

- Gehindert wurden wir nun zum wiederholten Mal an der Ausübung unseres vom Wähler erteilten demokratischen Auftrages, denn der Kandidat für das Parlamentarische Kontrollgremium, Martin Hess, fiel bei der Wahl erneut durch.

Ausrufung der Alarmstufe 2 des Gas-Notfallplans durch WiMi Habeck

- Folgen: Energiepreise werden erheblich steigen, es droht sogar ein kompletter Versorgungsstopp! Hierzu aktuelle Stunde auf Antrag der CDU.
- AfD-Redner Münzenmaier kritisiert, dass diese sich ausgerechnet durch Redner Jens Spahn in Vorwürfen gegenüber der Ampel ergießt, während doch gerade die CDU als Vorgänger-Regierungspartei mit Schuld am kaputtgesparten Gesundheitssystem, der Bundeswehr und der Ideologieverblendung in der Klimapolitik sei.
- Spahn forderte sogar eine Rückkehr zur Kernenergie zur Sicherung der Versorgung und bezahlbarer Energie, während ein Antrag der AfD im März auf Verlängerung der AKW-Laufzeiten noch am Veto der Altparteien im Ausschuss gescheitert war. In kurzen Worten: AfD wirkt

Durchsetzung Unifil-Mission:

- Nachdem in dieser Legislatur schon unzählige Verlängerungen von Bundeswehreinmärschen in allen Teilen der Welt im Plenum fast immer gegen die Stimmen der AfD genehmigt wurden, wurde auch die weitere Beteiligung der Bundeswehr an der sog. Unifil-Mission vor der libanesischen Küste in der namentlichen Abstimmung mit breiter Mehrheit gegen die AfD und gegen die Linke durchgesetzt.

Bundesregierung plant Dokumentationszentrum „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“

- Die Bundesregierung plant Dokumentationszentrum „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“. Marc Jongen (AfD) verwies in seiner Rede zurecht auf die aktuellen Ereignisse auf der Documenta in Kassel, auf der sich Kulturstaatsministerin Claudia Roth anfangs wenig an einem antisemitischen Werk in Verbindung mit der BDS-Bewegung gestört hatte. Es wird in Deutschland mit zweierlei Maß gemessen. Jongen wörtlich: „Eine Kollektivschuld des deutschen Volkes können wir nicht anerkennen“ (Zitat Roman Herzog, B-Präsident a.D.)
- Es erfolgte Überweisung in den Ausschuss für Kultur und Medien.

Zweite und dritte Beratung eines „Zweiten Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung und des Einführungsgesetzes zur Abgabenordnung“

- Längst fällige und positive Nachricht des Tages: der Zinssatz für Steuernachzahlungen wird gesenkt auf 0,15% pro Monat, also 1,8% pro Jahr und wird alle zwei Jahre evaluiert werden, bisher galt 6% pro Jahr. Der klügere Entschließungsantrag der AfD, den Zinssatz am Basiszinssatz gemäß Paragraf 247 Bürgerliches Gesetzbuch zu orientieren und hierauf einen Aufschlag von 2 Prozentpunkten zu machen, wurde abgelehnt.

Die AfD thematisiert die Einführung eines digitalen Zentralbankgeldes im Bundestag mit zwei Anträgen:

- Keinen zentralen Digitaleuro und Bargeld ist gedruckte Freiheit. Sie fordert, die im Okt. 21 von der EZB gestartete Untersuchungsphase zur Einführung eines digitalen Euro zu stoppen. Papier- und Münzgeld muss gesetzliches Zahlungsmittel bleiben, bzw. andernfalls muss eine offene und regelmäßige Berichterstattung der EZB ggü. der Dt. Bundesbank erfolgen, und sicherzustellen, dass das Zweibankensystem in Deutschland gerade auch vor dem Hintergrund der Versorgung und Knowhow-Erhalt in ländlichen Regionen gesichert bleibt.
- Beide Anträge wurden in den Finanzausschuss überwiesen.



Debatte zum Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz.

- Am Donnerstag zu später Nachtstunde wurde dann noch, wie von Ministerin Lambrecht in der Befragung erwähnt, ein neues Wort- und Bürokratiemonster (Zitat Dr. Malte Kaufmann, AfD) debattiert, nämlich das Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz. Schnellere Vergabeverfahren, Zusammenfassung von Teil- und Fachlosen, erleichterte Beschaffung in Zusammenarbeit mit MS der Europ. Union, und das unter zunehmender Berücksichtigung von „grünen“ Aspekten.
- Es erfolgte Überweisung in den Wirtschaftsausschuss.

Freitag

Zweite und dritte Lesung der Gesetzesvorlage der Bundesregierung zur Abschaffung des §219a aus dem Strafgesetzbuch

- Gleich nach Sitzungseröffnung am Freitag erfolgte die zweite und dritte Lesung der Gesetzesvorlage der Bundesregierung zur Abschaffung des §219a aus dem Strafgesetzbuch, also Aufhebung des Verbots für Werbung für den Schwangerschaftsabbruch. Eine emotionale Debatte, bei der AfD und CDU dieses Mal in trautem Gleichklang gegen den Rest argumentierten.
- Ergebnis: Das Werbeverbot für Abbruchberatung ist gefallen.

Anträge zum Thema Suizid- und Sterbehilfe.

- Am 21.04. war bereits eine Einführungsdebatte erfolgt zum Thema Suizid- und Sterbehilfe. Nun befasste sich der Bundestag mit mehreren Anträgen, unter anderem einem Gesetzentwurf „zur Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Hilfe zur Selbsttötung und zur Sicherstellung der Freiverantwortlichkeit der Entscheidung zur Selbsttötung“, den alle Fraktionen gezeichnet hatten, aber die AfD ausgenommen wurde. Die Grünen fordern ein „Grundrecht auf selbstbestimmtes Sterben“ und Zugang zu tödlich wirkenden Betäubungsmitteln und auch die FDP verlangen Straffreiheit bei Suizidhilfe. Letztlich gibt es noch einen Antrag zur Stärkung der Suizidprävention, der auch durch Redner Thomas Seitz, AfD begrüßt wurde.
- Alle Anträge wurden in den Rechtsausschuss überwiesen.

AfD-Antrag „Verunglimpfung unserer Bundeswehrsoldaten nicht länger dulden – Kommando Spezialkräfte (KSK) voll rehabilitieren“

- In dem Antrag des AK Verteidigung der AfD wird die Rehabilitation der Spezialeinheit gefordert. Nach Abschluss umfangreicher Ermittlungen des BAMAD kann in keinsten Weise von rechtsextremer Unterwanderung gesprochen werden, sondern nur von individuellem Fehlverhalten. Zitat aus dem Antrag: Auch politische Entscheidungsträger müssen die Größe haben, Fehler wieder zu bereinigen. Deshalb muss das KSK rehabilitiert und darüber hinaus mithilfe einer anonymen Befragung geprüft werden, ob das Arbeitsklima im BMVg dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform noch gerecht wird.
- Der Antrag wird im Verteidigungsausschuss beraten.

Gesetzesantrag der Ampelkoalition: „Beschleunigter Ausbau von Windenergieanlagen“

- Zu diesem Antrag fügte auch die CDU/CSU einen ähnlichen bei
- Die AfD konterte mit „Kollisionsgefährdung von Vögeln durch deutsche Windkraftanlagen minimieren“. Zitat aus der Rede von Karsten Hilse, AfD: „Die Klimareligion der Deutschlandvernichter dient nur als Vehikel, hier in Deutschland sozialistische Verhältnisse einzuführen, [...] Die sinnlosesten Gesetze, wie z.B. das Wind-an-Land-Gesetz können durchgedrückt werden, wenn die Menschen nur ständig in Angst gehalten werden. Angst vor Covid, Angst vor Klimainferno, Angst vor Russland.“ Mit anderen Worten: Fast alle politischen Maßnahmen und hektische Betriebsamkeit in der Politik bekämpfen nur Probleme, die selbst geschaffen wurden.
- Es erfolgte Überweisung in die Ausschüsse.

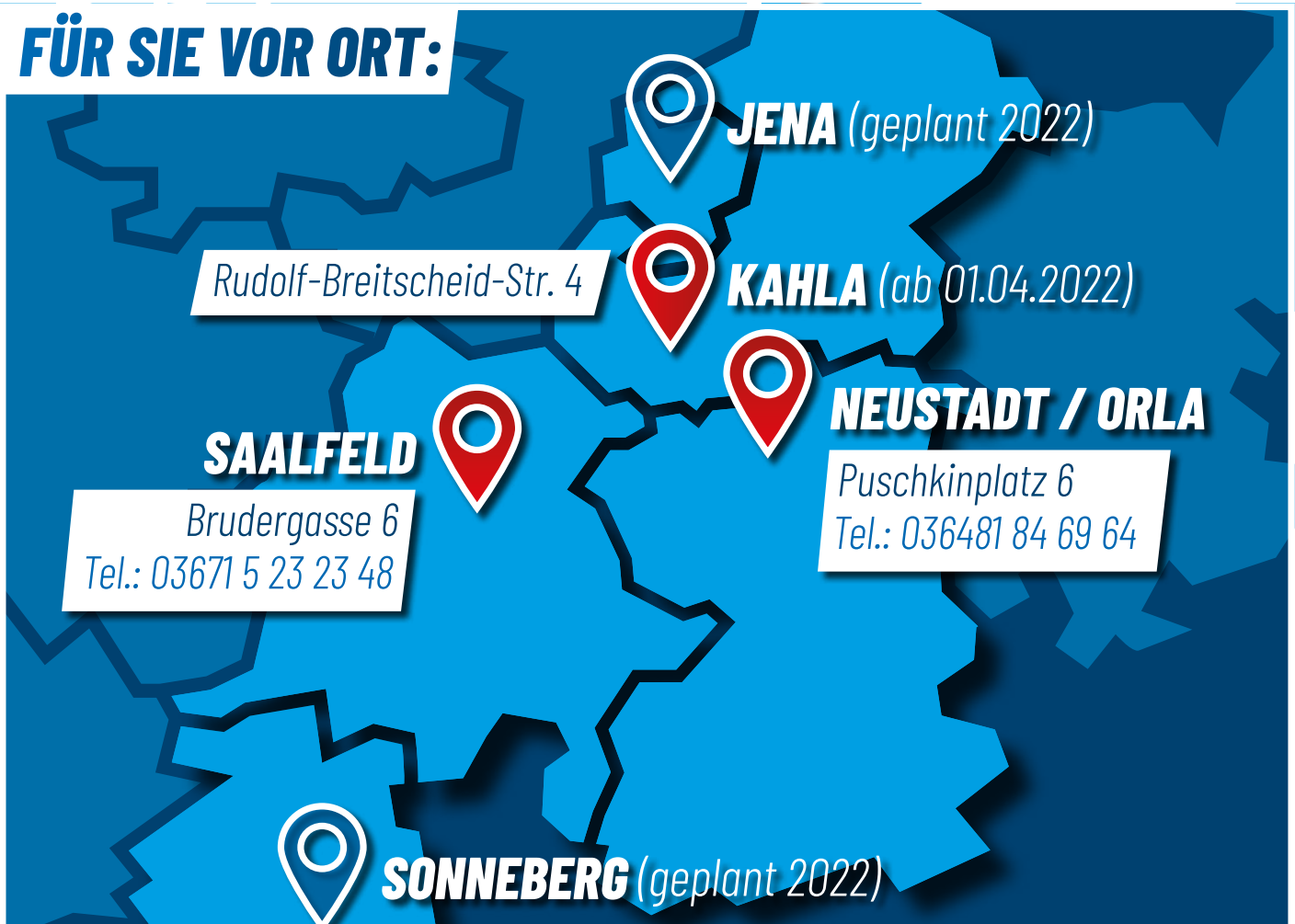
- Ende der Sitzungswoche -



KOMMENDE TERMINE IM JUNI & JULI (WIRD LAUFEND AKTUALISIERT)



FÜR SIE VOR ORT:



Prof. Dr.-Ing.
Michael Kaufmann, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE



 www.kaufmann-michael.de

 Michael.Kaufmann@afd-thueringen.de

 [@AfDKaufmann](https://www.facebook.com/AfDKaufmann)

 [@AfDKaufmann](https://www.instagram.com/AfDKaufmann)

 [@KaufmannAfD](https://twitter.com/KaufmannAfD)

 t.me/KaufmannAfD

V.i.S.d.P.: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557



WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE